

eigenen "Integrations-Status" in Europa geschaffen hat, dann ist wohl damit zu rechnen, dass Liechtenstein entweder endgültig aus dem "Rucksack" ausziehen oder aber sich unter "härteren" Bedingungen einen neuen Platz schaffen muss. Wie lange wird es wohl dauern, bis man bemerkt, dass zwei völlig verschiedene Kräfte das gegensätzliche Abstimmungsresultat verursacht haben, nämlich die Forderung nach mehr Souveränität auf der einen Seite und der Wunsch nach "noch besserem" Marktzugang auf der anderen Seite. Bei dieser Konstellation wird es einmal soweit kommen, dass sich die wirtschaftlichen Zielsetzungen nicht mehr mit den staatlichen Zielsetzungen decken. Dies wird einen erneuten, meines Erachtens absolut unnötigen Kräfteverschleiss zur Folge haben. Wäre es für die Erhaltung der letzten deutsch-sprachigen Monarchie in Europa nicht ratsamer, die Kräfte besser zusammen zu halten? Die Schweiz, aber auch andere Staaten auf der Welt haben es schon mehrfach bewiesen: Nur "Einigkeit macht stark". Die unbelehrbare Verfolgung von Einzelinteressen dagegen birgt die grosse Gefahr in sich, vermehrt Rückschläge erdulden zu müssen, welche letztendlich zu einer langsam fortschreitenden Schwächung der wirtschaftlichen wie auch staatspolitischen Stabilität führen. Man bedenke: Ein Eisen kann nur solange geschmiedet werden, wie das Feuer noch brennt!

34. *Gerät der Zentralismus in Brüssel doch noch in's Wanken?*

Vor einigen Wochen musste die EG den Dänen aufgrund ihrer "Hartnäckigkeit" bezüglich "Maastricht" eine "Sonderlösung" zubilligen. In den letzten Tagen hat man nun den den EG-Beitrittskandidaten Österreich, Schweden, Finnland sowie Norwegen vorsorglicherweise zu verstehen gegeben, dass ein derartiges Entgegenkommen für die "Neulinge" niemals zur Diskussion stehen wird. Jacques Delors erklärt kürzlich vor dem Europäischen Parlament, dass alle künftigen EG-Kandidaten die Verträge von Maastricht (=Unionsvertrag, Währungsvertrag, Verteidigungsvertrag usw.) vollumfänglich zu übernehmen hätten. Die Grossbritannien und Dänemark zugestandenen Ausnahmen seien "gewissermassen" als Treueprämien zu betrachten. Gleichzeitig erklärte Delors jedoch in Bezug auf die Schweiz, dass man den "Schweizer Freunden" noch etwas Zeit zum Nachdenken gewähren werde. Damit scheint es, dass in Brüssel langsam aber sicher doch noch realisiert wird, dass eine Entscheidung der über 700-jährigen Schweizerischen Eidgenossenschaft nicht einfach so übergangen werden kann, zumal sie, auch wenn dies von verschiedener Seite bestritten wird, dem breit abgestützten Volkswillen entspricht.

Mitte Januar 1993 tönte die EG gegenüber der Schweiz an, dass drei bis vier Verhandlungsrunden wohl ausreichen dürften, um bis im Herbst 1993 ein für beide Seiten geeignetes Luftverkehrsabkommen abzuschliessen. Der Anspruch der Schweiz auf ein derartiges Abkommen wird aus einem Anhang zum Transitvertrag mit der EG, welcher bereits seit dem 22.1.1993 in Kraft ist, abgeleitet. Einmal mehr zeigt es sich, dass die anfänglich von der EG angedeutete Gefahr einer Diskriminierung der Schweiz wohl doch nicht so gross ist, wie dies anfänglich angenommen wurde. Auch als das dänische Stimmvolk 1992 die Verträge von Maastricht abgelehnt hat, wurden die übelsten Prophezeiungen für die dänische Wirtschaft ausgesprochen. Man ging soweit, dass man sogar einen "Rauswurf" Dänemarks aus der EG in Betracht zog. Heute weiss man jedoch, dass Dänemark die geforderten Zugeständnisse bekommen hat.